

(Nr. 64.) Eingabe des Herrn Geh. Regierungsraths Eppendorff alhier, eine weitere Extendirung der Bestimmungen in §. 3 des Entwurfs zu einem Gesetze, einige Zusätze und Nachtragsbestimmungen zu dem Militärpensionsgesetze 2c. betreffend.

Präsident von Friesen: Diese Nummer gehört zu Nr. 61, nämlich zu der Nachtragsbestimmung über das Militärpensionsgesetz, und da ersteres an die erste Deputation abgegeben worden ist, so würde auch dieser Gegenstand an dieselbe Deputation zu gelangen haben.

(Nr. 65.) Antrag des Herrn Professor Dr. Heinze, die Errichtung eines ständigen Bundesgerichts für den Norddeutschen Bund im Anschluß an §. 126 des Reichsverfassungsentwurfs von 1849 betreffend.

Präsident von Friesen: Ich bitte, diese Eingabe zuerst durch Verlesung zur Kenntniß der Kammer zu bringen, und würde das Directorium seine Anträge wegen weiterer Beschlußfassung darauf am Schlusse des Registrandenvortrags mittheilen.

In der betreffenden Eingabe heißt es:

„Im Hinblick auf das Bedürfnis einer rechtlichen Consolidirung der Verfassung Norddeutschlands stelle ich den Antrag:

Stände beantragen, daß hohe Staatsregierung noch während der gegenwärtigen Berliner Ministerconferenzen auf Errichtung eines ständigen Bundesgerichts für den Norddeutschen Bund im Anschluß an §. 126 des Reichsverfassungsentwurfs von 1849 hinwirken wolle.

Die formelle Zulässigkeit dieses Antrags dürfte vielleicht schon aus §. 78 der Verfassungsurkunde zu deduciren sein. Jedenfalls ergibt sie sich, wie mir scheint, aus dem engen Zusammenhang, welcher stattfindet zwischen der zu beantragenden Maßregel und den der Gesetzgebung der Einzelstaaten, also auch den Functionen der Stände aus den Verfassungsgesetzen des Norddeutschen Bundes erwachsenden Verkürzungen.

Indem ich mir die mündliche Begründung meines Antrags vorbehalte, wage ich die durch die Sachlage wohl entschuldigende Bitte um thunlichste Beschleunigung der geschäftlichen Behandlung desselben.

In wahrer Verehrung, beharrend des hohen Präsidiums

Professor Dr. Heinze,  
Abgeordneter der Universität Leipzig  
zur Ersten Kammer.“

Der Nachtrag hierzu lautet:

An  
das Präsidium der Ersten Kammer.

„Um möglichen Mißverständnissen vorzubeugen, amendire ich meinen Antrag vom 30./31. vor. W. wie folgt:

Stände beantragen, daß hohe Staatsregierung noch während der gegenwärtigen Berliner Ministerconferenzen auf Errichtung eines ständigen Bundes-

gerichts für den Norddeutschen Bund im Anschluß an §§. 126 und 127 des Reichsverfassungsentwurfs vom 28. März 1849 hinwirken wolle.

Verehrungsvoll beharrend

Professor Dr. Heinze.“

Präsident von Friesen: Der Antrag des Directoriums wird nach dem Registrandenvortrage erfolgen.

(Nr. 66.) Communicat des hohen Gesamtministeriums vom 24. December 1866, den Wiederzusammentritt der Zwischendeputationen zur Vorberathung einer Berg- und Kirchenordnung, sowie den Austritt Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen aus der zur Vorberathung einer Bergordnung erwählten Zwischendeputation der Ersten Kammer.

Präsident von Friesen: Das Schreiben des hohen Gesamtministeriums lautet:

„An  
den Herrn Präsidenten der Ersten Kammer  
der Ständeversammlung.

Das Gesamtministerium hat auf einen Antrag des Präsidiums der Zweiten Kammer Seine Zustimmung dazu ausgesprochen, daß der Wiederzusammentritt der Zwischendeputation der Zweiten Kammer zur Vorberathung einer Berg- und Kirchenordnung nach Vertagung des gegenwärtigen Landtags im unmittelbaren Anschlusse an denselben erfolge. Sollten die für die gedachten Vorlagen bestellten Zwischendeputationen der Ersten Kammer ihren gleichzeitigen Wiederzusammentritt beabsichtigen, so will das Gesamtministerium eventuell Seine Zustimmung dazu ebenfalls ertheilen und wird solchenfalls den Herren Vorsitzenden der betreffenden Deputation überlassen, das Erforderliche zu besorgen.

Das Präsidium der Ersten Kammer wird ergebenst ersucht, den Mitgliedern der betreffenden Deputationen Solches, sowie der Zwischendeputation zur Vorberathung einer Bergordnung insbesondere noch zu eröffnen, daß Se. Königl. Hoheit der Kronprinz durch sonstige dringende Geschäfte abgehalten ist, an den ferneren Berathungen derselben Theil zu nehmen.

Dresden, den 24. December 1866.

G e s a m m t m i n i s t e r i u m :  
Dr. von Falkenstein.“

Das Directorium bringt dieses Schreiben zur Kenntniß der geehrten Kammer und wird den Zwischendeputationen davon noch besondere schriftliche Mittheilung zugehen lassen.

(Nr. 67.) Petition des Stadtraths zu Löbau, die Ausgleichung der letzten Kriegsschäden und Lasten betreffend.

Präsident von Friesen: Diese Petition des Stadtraths zu Löbau ist auch bei der Zweiten Kammer eingegangen. Das Directorium schlägt vor, dieselbe zu affirmiren, bis der jenseitige Protokollextract über diesen Gegenstand an uns gelangt sein wird.